

Rede von Marco Brunotte am 10.04.2008 zum Thema

## **„Das niedersächsische Justizvollzugsgesetz unverfüglich nachbessern“**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Getretener Quark wird breit, nicht stark. - So konnten wir bereits gestern von einer unglaublichen Erfolgsgeschichte des Justizvollzugs in Niedersachsen Kenntnis nehmen.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Es ist eine Erfolgsgeschichte, die keine Grenzen kennt - eine Erfolgsgeschichte solchen Ausmaßes, dass nicht nur der Erfolgsminister Busemann nach der Landtagswahl das Ressort wechselte, sondern auch die Erfolgsministerin Heister-Neumann einen neuen Bereich bekam!

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Erfolgsgeschichten und deren Hinterlassenschaften darf sich nun der neu gewählte Landtag befassen.

Zum Erbe der Erfolgsgeschichte der letzten Legislaturperiode gehört das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz, ein mit heißer Nadel gestrickter Schnellschuss, dessen negative Auswirkungen im Vollzug, von Gerichten, Anwälten und Inhaftierten kritisiert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Minister Busemann, ich freue mich, dass Sie gerne mit vielen Bediensteten des Strafvollzugs sprechen. Auch ich habe als Anstaltsbeirat der JVA Hannover vielfältige Kontakte mit Bediensteten. Ihre Motivation ist hoch, und von ihnen wird unter schwierigsten Rahmenbedingungen eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Stimmung in Bezug auf den durch das Land gesetzten Rahmen ist aber deutlich schlechter, als Sie meinen. Scheinbar haben wir hier sehr unterschiedliche Gesprächspartner.

Das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz weist deutliche Mängel in der Praxis auf, die bereits im Gesetzgebungsverfahren von den Oppositionsparteien und auch bei der Anhörung des Unterausschusses im Detail angesprochen wurden. Beratungsresistenz spielt in diesem Zusammenhang nur scheinbar eine Rolle. Bisher waren die mit den Verfahren betrauten Ermittlungsrichter für den Bereich der Post- und Besuchskontrolle der Untersuchungshäftlinge zuständig. Seit dem 1. Januar 2008 funktioniert dieses System nicht mehr. Die am jeweiligen Gefängnisstandort zuständigen Amtsgerichte müssen über die Telefon- und Besuchsgenehmigungen entscheiden und die Post- und Briefkontrolle durchführen. Dies führt zu einer deutlichen Überbelastung der betrauten Amtsgerichte und einer sehr deutlich kritisierten Abkoppelung von Strafverfahren und Postkontrolle. Die Ergebnisse sind

deutlich: Die Amtsgerichte sind überfordert. Die Weihnachtspost der Inhaftierten kam teilweise erst zu Ostern an. Das kann nicht sein!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Auch der Deutsche Richterbund findet in seiner Stellungnahme vom Januar 2008 deutliche Worte: Der Fünfte Teil des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes ist verfassungswidrig. - Warten wir das anstehende Gerichtsurteil ab. Schließlich hat das Oberlandesgericht Oldenburg Ihr Gesetz dem Bundesverfassungsgericht wegen Zweifeln an der Verfassungsgemäßheit zur Prüfung vorgelegt. Es ist wohl das Beste, die Regelungen für die Untersuchungshaft und den Erwachsenenvollzug ersatzlos zu streichen,

(Zustimmung bei der SPD)

damit wieder auf die bewährten und verfassungsfesten bundesgesetzlichen Regelungen zurückgegriffen werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nun zum Stichwort Überbelegung. Wenn man die Ausführungen der Niedersächsischen Landesregierung zu diesem Thema hört, muss diese Landesregierung in den letzten fünf Jahren wahre Wunder vollbracht haben: Steigerung der Zahl der Haftplätze, Verringerung der Überbelegung und Investitionen in die Anstalten.

(David McAllister [CDU]: Richtig! Prima!)

Das klingt wie eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. All das in fünf Jahren? - Ich glaube, hier wäre ein wenig mehr Ehrlichkeit angebracht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Stattdessen trickst die Regierung Wulff.

Lassen Sie uns einmal auf die Fakten zu sprechen kommen. Die Regierung hat in den letzten Jahren die Früchte der erfolgreichen Arbeit der SPD ernten dürfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

JVA Oldenburg: Inbetriebnahme 2001, 317 moderne Haftplätze. JVA Sehnde: beschlossen 1998, Grundsteinlegung 2001, 534 zusätzliche Haftplätze. JVA Rosdorf: Abschluss der Baupläne 2001, erster Spatenstich 2002, 318 Haftplätze. Diese Neubauten haben zu einer deutlichen Entlastung im Vollzug geführt. Diese Neubauten sind aber kein Verdienst der Regierung Christian Wulff. Sie sind unter der SPD-Regierung geplant und begonnen worden. Die neue Landesregierung musste sie dann lediglich fertig stellen und in Betrieb nehmen. Dafür danken wir herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Anteil bestand lediglich darin, das Büffet zu eröffnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

An diesen Neubauten zeigt sich auch, warum Niedersachsen die Anzahl an Einzelhaftplätzen im geschlossenen Männervollzug deutlich auf 78 % steigern

konnte. Durch Ihre Regierung ist kein einziger Haftplatz entstanden. Hier gilt scheinbar: Nachts werfen die Zwerge große Schatten.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD)

Dies soll aber nicht das Ende der Entwicklung sein. Es muss das Ziel im niedersächsischen Vollzug sein, jeden Inhaftierten in einer Einzelzelle unterbringen zu können; denn das Recht auf Einzelunterbringung ist ein internationaler Grundsatz, der berücksichtigt, dass auch ein Gefangener menschenwürdig untergebracht wird. Dies kann das Vollzugsziel der Resozialisierung deutlich fördern und Tendenzen der Subkultur entgegenwirken. Investieren Sie endlich ausreichend in marode Anstalten wie Achim, Wolfenbüttel und Hannover und stellen Sie mehr Mittel für die soziale Infrastruktur in den Anstalten zur Verfügung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Stattdessen wird die Resozialisierung in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten durch verschärfte Regelungen zur Vollzugslockerung und eine erleichterte Mehrfachbelegung der Zellen verschlechtert. Für uns steht Resozialisierung als Haftziel im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD)

Hier hat sich durch eine falsche Prioritätensetzung eine erhebliche Verschiebung ergeben. Anstatt für ausreichende Behandlungs- und Therapieplätze zu sorgen, wird in zusätzliche Mauerkrone investiert, um noch mehr Sicherheit zu produzieren. Aus Sicht des Hildesheimer Psychologieprofessors Werner Greve wird das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz gefährliche Entlassene produzieren, mehr als wir je hatten. Auch Ihr ehemaliger Justizminister Hans-Dieter Schwind hat in der *Süddeutschen Zeitung* vom 28. Juni 2006 erklärt:

„Aus dem Strafvollzug darf aber kein bloßer Verwahrvollzug werden. Zum Behandlungsvollzug ... gibt es keine Alternative. Wenn jemand aus dem Verwahrvollzug herauskommt, wird er mit hoher Wahrscheinlichkeit rückfällig. Rückfalltäter kosten den Steuerzahler viel Geld.“

Viel Geld werden den niedersächsischen Steuerzahler auch Ihre Pläne zum PPP-Modell Bremervörde kosten. Herr Busemann, ich empfehle Ihnen, einmal Kontakt mit dem Hessischen Ministerpräsidenten aufzunehmen und mit ihm über sein Projekt Hünfeld zu sprechen. Dieses Projekt verursacht entgegen allen Beteuerungen im Vorfeld deutliche Mehrkosten. Anstatt Einsparungen zu generieren, legt das Land Hessen - dies ergibt ein Vergleich mit Landesanstalten - für 500 Haftplätze jedes Jahr 700 000 Euro drauf. Das ist keine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der SPD)

Über die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen will ich hier erst gar nicht sprechen. Stoppen Sie dieses Projekt!

Herr Minister, Sie setzen die falschen Prioritäten. Ein moderner Strafvollzug im 21. Jahrhundert braucht nicht nur ein gutes Justizvollzugsgesetz - das ja auch noch fehlt -, sondern er muss auch neue Antworten geben. Wir fordern Sie auf, endlich

neue Strategien zur Haftvermeidung zu entwickeln und mehr Mittel für Prävention und Bildung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Dann könnten wir uns den Bau teurer neuer Haftplätze sparen. Hier muss das Motto gelten „Schwitzen statt sitzen“. Stellen Sie den Menschen mit all seinen Bedürfnissen in den Vordergrund! Wir brauchen weniger Geld für Stacheldraht und Mauern und mehr Geld für Prävention. Zeigen Sie, dass Sie an eine erfolgreiche Resozialisierung glauben!

In diesem Sinne freuen wir uns auf eine intensive Beratung des Antrages der Grünen und können an dieser Stelle Zustimmung signalisieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)